

DAK-Report: Menschen in Sachsen verlieren das Vertrauen in die Pflegeversorgung

- **Aktuelle Allensbach-Umfrage im Auftrag der DAK-Gesundheit zeigt Erwartungen an große Pflegereform**
- **43 Prozent der Befragten in Sachsen rechnen in Zukunft mit schlechterer Versorgung**
- **DAK-Landeschef Stefan Wandel fordert strukturelle Neuausrichtung der Pflegeversicherung**

Dresden, 11. März 2026. In Sachsen gibt es einen großen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Pflegeversorgung: 64 Prozent der Menschen bewerten die Pflegesituation derzeit als nicht oder gar nicht gut. 43 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung innerhalb der nächsten zehn Jahre. Das geht aus einer aktuellen repräsentativen Umfrage durch das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der DAK-Gesundheit hervor. Diese zeigt die Erwartungen der Menschen in Sachsen an Politik und Pflegereform auf: 90 Prozent der Befragten fordern, dass die Pflege in Deutschland „für alle bezahlbar“ werden müsse. Hohe Kosten für die Pflege im Heim werden als eines der zentralen Probleme benannt. Ende 2025 hatte die von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken eingesetzte Bund-Länder-Kommission „Zukunftspakt Pflege“ ihre „Roadmap“ für die angekündigte große Pflegereform vorgelegt.

„Unser DAK-Pflegereport zeigt eine große Verunsicherung der Bevölkerung in Sachsen“, sagt Stefan Wandel, Landeschef der DAK-Gesundheit. „Die Ergebnisse der Allensbach-Befragung sind ein Weckruf an die Politik in Bund und Ländern. Das Vertrauen der Menschen in die Pflege muss gestärkt und die bekannten Probleme in der Finanzierung und Versorgung müssen gelöst werden. Wir brauchen jetzt eine Reform mit einer strukturellen Neuausrichtung der Pflegeversicherung, die die Menschen in Sachsen ausreichend, verlässlich und bezahlbar absichert.“

Für den DAK-Pflegereport hatte das Institut für Demoskopie Allensbach gemeinsam mit Studienleiter Prof. Dr. Thomas Klie bundesweit rund 4.400 Menschen zwischen 16 und 75 Jahren befragt, davon knapp 500 in Sachsen. Die Ergebnisse zeigen die Erwartungen, Ängste und Herausforderungen der Bevölkerung auf. Demnach sehen 75 Prozent der Befragten in Sachsen die Finanzierung der Pflegeversicherung als nicht gesichert an.

Große Sorge um verlässliche Pflegeversorgung

Die Mehrheit der Menschen in Sachsen sieht die Pflegeversorgung gefährdet: 64 Prozent der Befragten empfinden diese als nicht gut oder gar nicht gut. 43 Prozent gehen davon aus, dass sich die Situation in den kommenden zehn Jahren weiter verschlechtert. Wie im Bund sehen die Befragten in Sachsen die größten Probleme im Bereich der Finanzierung: 73 Prozent der Befragten nennen an erster Stelle die hohen Kosten für Pflegebedürftige und ihre Familien bei stationärer Pflege. Es folgen mit 67 Prozent der Personalmangel und fehlende Pflegekräfte. 66 Prozent bewerten die Finanzierung des gesamten Pflegesystems als größtes Problem.

Bevölkerung fordert bezahlbare Pflege

90 Prozent sehen es als wichtigstes Ziel, die Pflege für alle Menschen bezahlbar zu machen. 83 Prozent erwarten eine langfristige Sicherung der Finanzierung. Für 80 Prozent ist die Deckelung der Pflegeheimplatzkosten wichtig, während sich 74 Prozent eine Vereinfachung des Leistungssystems wünschen. Die große Mehrheit (88 Prozent) der Befragten in Sachsen erlebt es als ungerecht, nach langjähriger Einzahlung in die Pflegeversicherung bei Pflegebedarf nicht ausreichend abgesichert zu sein. Genauso viele (88 Prozent) sind überzeugt, dass die Pflege für viele Menschen schlicht nicht mehr bezahlbar ist. Mehr als drei Viertel fürchten durch die Kosten überfordert zu werden, sollten sie selbst pflegebedürftig werden. Fast genauso viele Menschen setzen Pflege mit einem Armutsrisiko für Pflegebedürftige und ihre Familien gleich.

Mehrheit fordert staatliche Zuschüsse zur finanziellen Absicherung

Um die Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung auf ein zukunftssicheres Fundament zu stellen, sieht die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen den Staat in der Pflicht: Mehr als die Hälfte der Befragten (60 Prozent) findet, es sei ausschließlich Sache des Staates und der gesetzlichen Pflegeversicherung, einen Pflegebedarf abzusichern. 58 Prozent finden, es sollten staatliche Zuschüsse oder Steuermittel eingesetzt werden, um die Absicherung von Pflegebedürftigen sicherzustellen. 47 Prozent halten eine Beitragserhöhung für vermögende oder gutverdienende Menschen für den richtigen Weg. Fast ebenso viele (43 Prozent) finden, Vermögende sollten im Pflegefall stärker an den Pflegekosten beteiligt werden. Ein klares Meinungsbild gibt es auch zur Überlegung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, eine private Pflegezusatzversicherung einzuführen: Nur eine Minderheit (20 Prozent) befürwortet dies.

Pressemeldung

SACHSEN

Emma Schwarze | Freiberger Straße 37 | 01067 Dresden
Mobil: +49 (0) 173 4829258 | E-Mail: emma.schwarze@dak.de

Bundesweit sind rund 5,4 Millionen Menschen bei der DAK-Gesundheit versichert. Aktuell beziehen rund 560.000 davon Leistungen der Pflegekasse. Angebote zum Thema Pflege unter [Pflege: Tipps und Leistungen \(dak.de\)](#)